

„Schlag gegen Arbeitslose“

Arbeitslosenzentren: Land stellt die Finanzierung ein

Mönchengladbach. „Ein schwarzer Tag für unser Arbeitslosenzentrum in Mönchengladbach“, so lautete der Kommentar von Gaby Brenner, Vorstandssprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen zur Entscheidung der CDU und FDP-Mehrheit Landtag, die Finanzierung der Arbeitslosenzentren zum 1. Oktober endgültig einzustellen. „Damit ist eine Weiterfinanzierung für das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach mit Landesmitteln über den 30. September 2008 hinaus ausgeschlossen“, so Brenner. Die Landesregierungbürde damit sowohl den Arbeitslosen als auch den Kommunen eine schwere Last auf, stellte die Grünen-Vorstandssprecherin fest. Rückblick: In den vergangenen 25 Jahren gelang es in NRW mit Hilfe von Vereinen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, ein flächendeckendes Netz von Arbeitslosenzentren zu knüpfen. Allein in Mönchengladbach fanden seitdem Tausende von Arbeitslosen im Arbeitslosenzentrum an der Lüpertzender Straße Begeg-

nung, Beratung und Betreuung. Daneben unterstützt das Arbeitslosenzentrum Arbeitslose mit dem beliebten Mittagstisch. „Bündnis 90/Die Grünen sind sich mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und den Arbeitslosen einig, dass das Arbeitslosenzentrum erhalten bleiben

Kastanienhof
Hotel, Restaurant & Erlebnisbiergarten
Sonntags Familien-Brunch 14,90 €
von 11 bis 15 Uhr
Salsa und Mergue-Party
jeden Montag ab 21 Uhr mit kostenlosen Tanzkursen
Disco-Fox-Party
Jeden Dienstag ab 21 Uhr mit kostenlosen Tanzkursen
Freitag, 29.9.2008 ab 22 Uhr
U-35 Biergarten-Party
Tel. 021 61 / 821 20 60
info@kastanienhof-hotel.de www.kastanienhof-hotel.de
Krefelder Straße 765 - 41066 Mönchengladbach

und dringend eine Anschlussfinanzierung durch die Stadt Mönchengladbach gefunden werden muss“, erklärte Ulla Brombeis, Ratsfrau und Sprecherin des Arbeitskreises „Arbeit und Soziales“ der Grünen Mönchengladbach. NRWs Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte in der Vergangenheit wiederholt betont, dass keine Beratungsstelle und kein Zentrum schließen müsse. Nun, so Ulla Brombeis, schöbe die

schwarz-gelbe Regierungsmehrheit den Kommunen und den ARGen den „schwarzen Peter“ zu. „Von den Versprechungen ist nichts übrig geblieben“, kritisierte Barbara Steffens, Fraktionsvize und zuständige Landtagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen. „Der von uns eingeforderte Bericht über die aktuelle Situation zeigt, dass letztlich nur 20 von 183 Einrichtungen über eine gesicherte Weiterfinanzierung verfügen, davon wiederum neun nur bis zum Ende des Jahres. Minister Laumann kehrt gern in bundespolitischen Sozialfragen den Kämpfer heraus, in NRW lässt er die Arbeitslosen im Stich.“ Auch der Vorsitzende des DGB NRW, Guntram Schneider, zeigte sich entsetzt über die Entscheidung der Landesregierung. „Das ist ein schwerer Schlag gegen die Arbeitslosen, die auf unabhängige Beratung angewiesen sind“, erklärte Schneider. Den Arbeitslosen werde nun auch noch der letzte Rest an Unterstützung verwehrt, ihre Ansprüche gegenüber den ARGen und Optionskommunen geltend zu machen.